

vhw

„Wir werden uns von Szenarien der offenen und vielfältigen Gesellschaft leiten lassen“

Interview mit dem Vorstand des vhw, Prof. Dr. Jürgen Aring

vhw: Herr Professor Aring, vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle anlässlich Ihres Dienstantritts als Vorstand des vhw ein erstes Gespräch geführt (FWS 1/2015). Wie würden Sie Ihr erstes Jahr beschreiben: Sind Ihre Erwartungen im Großen und Ganzen erfüllt worden?

Prof. Dr. Jürgen Aring: Mir ist noch deutlicher geworden, welch besonderes Gewächs der vhw ist. Manche Gesprächspartner haben mir gesagt, wir seien ein Unikat in der Verbandslandschaft. Daran ist etwas Wahres. Für unsere 1.700 Mitglieder im Besonderen und die urbane Fachcommunity im Allgemeinen sind wir gleichzeitig Dienstleistungsanbieter im Bereich Fortbildung sowie Forschungseinrichtung an der Schnittstelle von Stadtentwicklung und lokaler Demokratie, damit eine Stimme in wichtigen gesellschaftlichen Debatten, und nicht zuletzt sind wir Partner der engagierten Akteure vor Ort. Die unterschiedlichen Bereiche des vhw – Fortbildung, Forschung, Verbandspolitik, Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen – haben ihre Eigenlogiken, die für ihre jeweilige Leistungstärke notwendig sind. Die einzelnen Teile gilt es zu stärken und zu fördern; dabei ist sicherzustellen, dass wir eine Einheit bleiben. Gleichzeitig gilt es, die Anforderungen an Aktualität, Qualität, gesellschaftliche Relevanz, öffentliche Wahrnehmung und Wirkung einzulösen. Dieses Aufgabenpaket stellt schon eine Herausforderung dar. Umso erfreulicher ist die Bilanz, die ich am Ende des ersten Jahres ziehen kann. Wir waren erfolgreich mit unseren Seminarangeboten, die im vergangenen Jahr von 48.000 Teilnehmern nachgefragt wurden. Im Städtenetzwerk haben wir nutzbringende und erkenntnisreiche Dialogprojekte realisiert. Und die Forschungsarbeiten zu Stadtentwicklung und lokaler Demokratie fügen sich zunehmend zu einem stimmigen Ganzen zusammen. Das ist eine erfreuliche Zwischenbilanz.

Sie haben die besondere Struktur und Ausrichtung des vhw angesprochen. Was tun Sie, um das Verständnis dafür zu erhöhen?

Der vhw hat sicherlich eine facettenreiche Struktur, was dazu führt, dass viele Externe nur Teile von uns wahrnehmen. Doch bei aller Komplexität: Kompliziert ist der vhw nicht. Die einzelnen Teile passen gut zusammen, und wir haben im letzten Jahr einiges dafür getan, den Zugang zum vhw zu erleichtern. Schon am Anfang des Jahres wurde unsere neu gestaltete Homepage freigeschaltet, die nicht nur frischer wirkt, sondern auch übersichtlich und nutzerfreundlich ist. Für unsere Fort-

bildungskunden ist sie seitdem eine leicht zugängliche Informationsquelle. In der neuen Struktur der Homepage konnten wir dann auch Schritt für Schritt die anderen Bereiche aktualisieren.

Sie haben ergänzend auch einen kleinen vhw-Film erarbeiten lassen?

Das war ein Experiment. Interessant, diskussionsintensiv, am Ende aber mit einem tollen Ergebnis. Am Anfang des Jahres hatte ich immer wieder mal Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, mir den vhw in wenigen Sätzen zu erklären. Es zeigte sich, dass das für sie gar nicht so einfach war, und dass in den einzelnen Erklärungen ganz unterschiedliche Aspekte in den Vordergrund gestellt wurden. So kam es auf Anregung einiger jüngerer Kolleginnen und Kollegen zu der Idee mit dem Film. Für den haben wir dann drei Anforderungen gesetzt. Erstens: nicht länger als drei Minuten. Zweitens: ein Erklärfilm (und kein Werbe- oder Imagefilm). Drittens: Wir machen den Film selbst, um dabei einen Orientierungsprozess zu durchlaufen. Das Ergebnis kann man sich seit kurzem auf unserer Homepage anschauen. Wir erwägen nun, ihn professionell einspielen und aufnehmen zu lassen, aber die jetzige hausgemachte Fassung hat auch ihren Charme.

Bleiben wir noch beim Rückblick. In den letzten Jahren hat der vhw viele Ressourcen in das Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie investiert. Wie hat sich dieser Arbeitsschwerpunkt im letzten Jahr entwickelt?

Die Arbeit in den Projekten des Städtenetzwerkes – zuletzt vor allem in Kiel, Hamburg, Berlin, Essen und Bergisch Gladbach, ist für uns von grundlegender Bedeutung, weil in den Projekten Theorie und Praxis in ein Wechselspiel treten und weil wir dort die Prozessperspektiven lokaler Demokratie mit den inhaltlichen Dimensionen der Stadtentwicklung verzahnen müssen. Wenn es uns bei unseren Bürgerdialogen darum geht, politische Legitimation durch gute, inklusive und faire Verfahren zu erzeugen, ist das erst einmal positiv. Gleichzeitig gibt es aber keinen Dialog ohne Inhalt – also die Themen der Stadtentwicklung, wie Wohnen, Quartiersentwicklung, Bildungslandschaften und dergleichen. Je nach Situation sind für die Bürger mal die demokratischen Mitwirkungsprozesse und mal die guten und gerechten Ergebnisse bedeutsamer. Damit haben aber die Inhalte wieder eine Bedeutung für das Verfahren. In diesem Sinne haben wir unsere Städtenetzwerkarbeit weiterentwickelt.

Was bedeutet das konkret für die Arbeit im Städtenetzwerk?

Die Dialogprojekte wurden fachlich stärker geerdet. Und die theoretisch-konzeptionellen Überlegungen haben Erweiterungen gefunden in Richtung sogenannter „deliberativer Systeme“, der Einbeziehung intermediärer Akteure sowie generell zum Thema Kommunikation im politischen Prozess. Insofern sind wir hier auf einem guten Weg. Das hat auch seinen praktischen Niederschlag gefunden, indem wir im Herbst einen sehr gelungenen Workshop zum Erfahrungsaustausch im Städtenetzwerk durchführen konnten. So sind wir nun in der Lage, unsere Erkenntnisse aus den Dialogprojekten im Städtenetzwerk in einer Art Leitfaden zu fixieren. Insgesamt bleibt das Engagement im Städtenetzwerk hoch, doch die Gewichte verschieben sich ein wenig von den Einzelprojekten hin zu Reflexion und Transfer.

En passant haben Sie da mehrere neue Begriffe einfließen lassen: deliberative Systeme, intermediäre Akteure, Kommunikation?

Es gehört wohl zum Wesen von Forschung, neben Antworten auch immer neue Fragen zu produzieren – keine beliebigen neuen Fragen, sondern weitergehende, die sich aus der intensiven Beschäftigung mit Themen ergeben. Die drei genannten Begriffe – deliberative Systeme, intermediäre Akteure und Kommunikation – stehen für zusätzliche Forschungsperspektiven, die sich aus der Städtenetzwerkarbeit des vhw entwickelt haben. Sie verweisen auch darauf, dass die von uns geforderten und geförderten deliberativen Dialoge nicht die einzige und letzte Antwort bei der Suche nach den demokratischen Strukturen von morgen sind.

Bitte skizzieren Sie Ihr Verständnis vom weiteren Rahmen der Arbeit!

Ein Schlüsselbegriff für den vhw ist „Bürgergesellschaft“. Sowohl die Satzung wie die Roadmap von 2011 postulieren die Bürgergesellschaft als Leitbild. Darunter verstehen wir eine Gesellschaft, die von einer breiten und aktiven Bürgerschaft getragen wird. Es geht darum, Stadt selbst mitzugestalten – in demokratischen Prozessen und durch zivilgesellschaftliches Engagement. Ein Stück weit erleben wir täglich diese Bürgergesellschaft. Sie scheint am besten zu wirken, wenn sie mit einer leistungsfähigen Stadtverwaltung korrespondiert. Deshalb sprechen wir inzwischen ja auch so gerne von Co-Produktion von Stadt. Und viele neue Netzwerkstrukturen, die sich von den Digital Natives aus entwickeln, können in eine ähnliche Richtung wirken. Doch wir spüren auch gegenteilige Entwicklungen: etwa weil die Gesellschaft sich weit ausdifferenziert und viele nicht teilhaben können, andere nicht wollen – aber auch, weil andere Einflüsse auf die Stadtentwicklung durchschlagen, z.B. die Macht von zu- oder abfließendem Investorengeld, Ergebnisse von demokratisch nicht beeinflussbaren Deals, Sparzwänge ausgezehrer Kommunalhaushalte

oder scheinbar alternativlose Sachzwänge. Und nicht zuletzt scheint mir, dass in den derzeitigen post-post-modernen [sic! Anm. der Redaktion] Kontexten die Errungenschaften der westlichen Aufklärung, sprich die offene und demokratische Gesellschaft, immer öfter nicht geteilt werden. Wir müssen also dem weitreichenden Wandel in Gesellschaft, Politik, Technik und Ideengeschichte nachspüren, wenn wir die Gegenwart verstehen und unser demokratisches System daran anpassen wollen. Darauf hat sich der vhw in den letzten Jahren ausgerichtet und daran arbeiten wir in unseren konkreten Projekten und Forschungsfeldern – dann natürlich wieder heruntergebrochen auf spezifische Teilthemen, wie Milieus, Deliberation, Intermediäre, Kommunikation, Quartier, Wohnen, Bildung und dergleichen.

Was können wir vor diesem Hintergrund im nächsten Jahr an Schwerpunkten in der Verbandsarbeit erwarten?

Was wir in den letzten Monaten angekündigt haben, werden wir Schritt für Schritt umsetzen. So werden wir die Debatte über intermediäre Akteure mit der Überarbeitung des Debattebuches und ergänzenden Projekten fortsetzen. Wir werden die Reflexion der Städtenetzwerkprojekte vorantreiben und eine Art Leitfaden für die Praxis erarbeiten. Das Thema Kommunikation im politischen Diskurs, an dessen Bedeutung und Ausprägung wir uns bisher noch sehr tastend annähern, soll vertieft werden. Bei konkreten Inhalten der Stadtentwicklung – Wohnen, Bildungslandschaften und Quartiersentwicklung – wollen wir uns stärker positionieren. Das sind die wichtigsten Elemente eines noch umfangreicheren Arbeitsprogramms. Wichtig ist, dass die Teile sich zu einem Ganzen zusammenfügen und anschlussfähig sind an die politisch-planerisch-wissenschaftlichen Diskurse. Zusätzlich müssen wir uns fragen, wie die Zuwanderung und Integration der Geflüchteten von uns noch stärker aufgegriffen wird. An diesem Thema werden wir sicherlich nicht vorbeigehen.

Ohne Zweifel ist die Flüchtlingskrise mit ihren vielfältigen Problemen und Herausforderungen derzeit zum alles beherrschenden Thema geworden, das uns noch lange beschäftigen wird. Wie schlägt sich das in der Arbeit des vhw nieder?

Der vhw hat schon im letzten Jahr mit der Anpassung seines Fortbildungsangebotes auf den Flüchtlingszustrom reagiert. Wir achten darauf, unser Seminarangebot kontinuierlich zu erneuern und auszuweiten, um über die drängenden Fragen der Erstunterbringung hinaus zu gehen. Zudem haben wir mit einigen Publikationen und vor allem dem Positionspapier „Geflüchtete vor Ort“ (FWS 6/2015) einen weiteren, strategischen Zugang zum Thema skizziert. Doch wollen wir dabei nicht stehen bleiben. Es geht um ein sehr wichtiges Thema, das momentan niemanden kalt lässt. Und es ist ein hoch dynamisches Thema, in dem ständig neue Fragen aufgeworfen werden: von der Erst-Unterbringung zum dauerhaften Wohnen, von

der Aufnahme zur funktionalen Integration in Arbeitsmarkt und Bildungswesen, vom Gaststatus zur Sprach- und Alltagseinübung. Unsere Partner in den Kommunen und Teilen der Wohnungswirtschaft haben mit diesen Fragen ständig zu tun. Mit ihnen suchen wir derzeit das Gespräch, um auszuloten, wo wir jenseits von Aktivismus aktiv werden können.



Abb. 1. Prof. Dr. Jürgen Aring auf dem vhw-Verbandstag 2015

Der vhw schaut seit Jahren auf die vielfältige Gesellschaft. Wie verändern die Flüchtlinge die Gesellschaft und die Vielfaltsperspektive des vhw?

In unserer Arbeit der letzten Jahre haben wir gesellschaftliche Vielfalt und Veränderung als dynamischen Treiber gesehen – gerade auch mit Blick auf die Kritik an Parteien, Politikern und Institutionen. Aus der Vielfalt mit ihren Lebenswelten, Lebenslagen und Lebensstilen erwuchs gleichermaßen das Drängen nach mehr Beteiligung und direkter Demokratie in Teilen der Gesellschaft wie auch eine Abwendung von der politischen Teilhabe bei anderen. Mit der derzeitigen starken Zuwanderung nimmt die Vielfalt selbstverständlich weiter zu – wobei wir die Flüchtlinge nicht als monolithischen gesellschaftlichen Block sehen. Das Vorstellungsbild „Wir Deutschen – Ihr Flüchtlinge“ wird sich auflösen, auch wenn die aktuelle öffentliche Diskussion gerne die „wir-ihr-Vereinfachung“ aufgreift. Doch wir hoffen, dass sich differenzierte Perspektiven durchsetzen werden, wie sie z.B. der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels Navid Kermani vertritt. Aus fachlicher Perspektive spricht vieles dafür, dass auch die Flüchtlinge eine soziale Schichtung und unterschiedliche Werte abbilden und damit auch in unterschiedlichen Milieus aufgehen werden. Das macht die konkreten Integrationserfordernisse nicht leichter, eröffnet aber optimistischere Perspektiven. Angesichts der starken Zuwanderung überlegen wir auch, eine neue Migrantenmilieustudie aufzulegen.

Bei der Zuwanderung geht es doch nicht nur um die Geflüchteten, sondern auch um die Haltungen in Deutschland?

Selbstverständlich. Mit der Zuwanderung, mehr noch mit der Diskussion über die Folgen der Zuwanderung, verschiebt sich

auch etwas in der aufnehmenden Gesellschaft. Die Haltungen in Deutschland dazu – ob Willkommenskultur, Gelassenheit, Distanziertheit, Fremdenhass, Neo-Nationalismus oder schlicht Angst – verändern die Gesellschaft ebenfalls. Die aktuelle Situation schafft erstaunliche Erfahrungen. Ich habe von 80-jährigen Frauen auf dem Dorf gehört, die syrische Frauen zum Kaffee einladen, sich mit Händen und Füßen verständigen und hinterher erschüttert feststellen: „Das erinnert mich an die Flüchtlinge nach dem Krieg“. Gleichzeitig kenne ich kosmopolitische Mittfünfzigerinnen, die bei der Begegnung mit Gruppen junger arabischer Männer deren Respektlosigkeit gespürt haben und ziemlich reaktionär reagieren. Für jede, jeden und jedes Milieu ist die Zuwanderung eine Herausforderung, die zu ganz unterschiedlichen Reaktionen führt, je nach der konkreten Erfahrung mit einzelnen Geflüchteten (nah und fern, positiv oder negativ) und der Erwartung der Beeinflussung des eigenen Milieus (Wirkung auf den Wohnungsmarkt, die Schulen, Freizeitgestaltung usw.).

Was bedeutet das für den vhw, der sich die Stärkung der lokalen Demokratie auf die Fahnen geschrieben hat?

Als vhw arbeiten wir seit Jahren mit den Sinus-Milieus und machen diese für Stadtentwicklung fruchtbar. Diese Milieus strukturieren sich durch soziale Schichtung und Werthaltungen. Nun haben wir zuletzt bei unserer Trendbefragung 2015 bei den Fragen zum Thema „Flüchtlingsaufnahme“ teilweise sehr polarisierte Haltungen festgestellt. Die zeigen sich wenig überraschend zwischen verschiedenen Milieus, gehen aber teilweise auch durch Milieus hindurch. Fakt ist: Die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszuwanderung politisiert die Gesellschaft, wie wir es schon länger nicht mehr erlebt haben. Das ist einerseits erfreulich, weil das Interesse an politischer Teilhabe damit gestärkt wird. Andererseits beobachten wir auch, dass Politisierung eben nicht nur inhaltlicher Diskurs bedeuten muss, sondern sich zunehmend auch in einem systemischen Infragestellen von demokratischen Parteien, demokratischen Verfahren und Rechtsstaatlichkeit äußert. Wenn ich zudem sehe, wie sich Nationalismus und Fremdenhass am rechten Rand mit der wachsenden Angst in den Mittelschichten verweben, werde ich sehr nachdenklich. Offensichtlich ringt die Gesellschaft gegenwärtig mit sich selbst um ihren Weg in die Zukunft. Vieles ist im Fluss.

Muss der vhw deswegen seine Forschung und Verbandspolitik anpassen?

Die Positionierung des vhw, also die Idee der Stärkung der Bürgergesellschaft und der lokalen Demokratie, geht ja auf eine Zeit deutlich vor der aktuellen Situation zurück. Schon damals, Mitte der 2000er Jahre war uns klar, dass wir etwas verändern müssen, um die repräsentative Demokratie zu stärken und fit zu machen für die Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Mit Geflüchteten hatte das damals nur wenig zu tun; mit Migranten zumindest zum Teil. Die jüngste Entwicklung führt sicherlich dazu, dass antidemokratische Stimmungen noch viel

stärker als bisher zutage treten und öffentlich gemacht werden. Gleichzeitig verspüren wir aber auch ein Erstarken klassischer bürgergesellschaftlicher Aktivitäten und freiwilligen Engagements. Insofern sehen wir uns einer gesellschaftlichen Politisierung gegenüber, die sich – nach einer ersten Eruption bei Stuttgart 21 – nun angesichts der Flüchtlingsproblematik noch einmal bestätigt und konkretisiert. Insofern ist der vhw ohne Zweifel auf einem wichtigen und richtigen Weg. Die Herausforderungen für den vhw liegen eher in der Komplexität des Themenfeldes „Demokratie – Stadtentwicklung – Wohnen – Bürgersellschaft“ und in der konkreten Ausprägung unserer Ansätze. Da verweise ich gern noch einmal auf den Anfang dieses Interviews, als wir über die Weiterentwicklung unserer Arbeiten zur Stärkung der lokalen Demokratie und das Städtenetzwerk gesprochen haben.

Lassen Sie uns zum Schluss noch einmal den Blick nach vorn richten. Nach der „Willkommensphase“ im Herbst hat sich die Stimmung zunehmend ins Negative gedreht. Können Sie trotzdem eine optimistische Sicht begründen?

Die einen sagen: Seid realistisch, denn das Sein bestimmt das Bewusstsein. Die anderen sagen: Seid optimistisch, denn das Bewusstsein bestimmt das Sein. Ich neige zur zweiten Haltung. Derzeit wird die Zukunft häufig in düsteren Farben gemalt: Krise, wohin man schaut. Wohnungsnot in Großstädten, Bildungsnotstand in Schulen, Bedrohung durch islamistischen Terror, Angst im Alltag, Chinas Börse stottert und die Welt zittert, Griechenland und der Euro – Problem verschoben und nicht gelöst. Und so weiter und sofort. Diese Themen stehen eh schon auf der Agenda, und nun kommt noch die Flüchtlingszuwanderung und Integration hinzu. Ich frage mich: Wollen wir bei alarmistischen Debatten stehen bleiben, die uns den Blick auf eine Problemlösung verstellen? Ich möchte das nicht. Gerade bei der Integration der Geflüchteten gibt es originäre politische und gesellschaftliche Gestaltungsspielräume. Die sollten auch genutzt werden. Insofern sehe ich Politik und Wissenschaft gleichermaßen gefordert, positive Zukunftsszenarien zu entwerfen und dann entsprechende Institutionen, Instrumente, Programme, Maßnahmen und Projekte zu entwickeln und zu finanzieren, die uns auf den entsprechenden Weg bringen. Dazu wird es auch erforderlich sein, Paradigmen infrage zu stellen, z.B. insbesondere zur Rolle des Staates und dem Zusammenspiel von Staat und Markt. Das wird seit der Banken- und Eurokrise diskutiert und ist jetzt noch dringender. Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir uns beim vhw von Szenarien einer gestalteten, offenen, vielfältigen Gesellschaft leiten lassen.

Gilt das auch für die Zuwanderung der Flüchtlinge?

Natürlich macht mich die gegenwärtige Lage auch immer wieder betroffen, wenn ich von den Ereignissen in Köln, von Brandanschlägen und rechter Propaganda erfahre. All dies müssen wir sehr ernst nehmen. Gleichzeitig aber sehe ich

auch Chancen in dieser schwierigen Lage: eine Chance darauf, dass wir mittelfristig Migranten als Zugewinn für unsere Gesellschaft verstehen werden, eine Chance darauf, die Politisierung zu kanalisieren und in das repräsentative System zu leiten, eine Chance auch darauf, dass verkrustete Strukturen und Haltungen auf den Prüfstand kommen, offen diskutiert und verändert werden. Dafür benötigen wir eine realistische, aber auch positive Utopie, also eine klare Vorstellung davon, wie wir – an Potenzialen orientiert – unsere zukünftige Gesellschaft und ihre demokratische Verfassung gestalten möchten. In den letzten zwei Jahrzehnten hat eine Ökonomisierung weiter Lebensbereiche in Verbindung mit neuen IuK-Techniken den Wandel der Gesellschaft vorangetrieben. Da ist Gestaltung schwierig, weshalb zwischenzeitlich allerorten das Wort „alternativlos“ die Runde machte. Bei der Integration der Flüchtlinge könnten wir uns von einem positiven politischen Willen leiten lassen. Dafür plädiere ich. Selbst wenn die nationalen und außeneuropäischen Grenzen dichter gemacht sind – was sich derzeit leider irgendwie abzeichnet – bleibt die Aufgabe der Integration der Aufgenommenen und der Nachziehenden. Da sind mir konstruktive Ansätze und Investitionen in die Integration allemal lieber als das Offenhalten von Gegensätzen mit hässlichen Folgen für unsere lebenswerte offene Gesellschaft.

Herr Professor Aring, herzlichen Dank für dieses Gespräch und den Einblick in Ihre Überlegungen.

Fordern Sie das vhw-Verlagsprogramm an

vhw-Verlags GmbH
Hinter Hoben 149, 53129 Bonn
Telefon: 0228/72599-30
Telefax: 0228/72599-19
E-Mail: verlag@vhw.de

